

Unser Wald braucht Hilfe

Wälder bedecken mit 11,4 Millionen Hektar rund ein Drittel der Fläche Deutschlands. Sie prägen unsere Landschaften und geben Heimat. Der Wald ist aber nicht nur Erholungsgebiet. Er bietet Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Er ist ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor in ländlichen Regionen – wichtig sowohl für die Holz- und Forstwirtschaft als auch für den Tourismus. Und er dient in besonderem Maße dem Klimaschutz, denn er produziert Sauerstoff, filtert Schadstoffe aus der Luft, bindet und speichert CO₂, reguliert den Wasserhaushalt und verhindert Bodenerosion.

Deshalb hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer Politik für den Wald gemacht. Aktuell leidet dieser massiv unter Sturm, Dürre, Brandgefahr und Schädlingen. Die Unionsfraktion hat darauf reagiert und für eine Positionierung des Bundestages gesorgt: „Unser Wald braucht Hilfe – Waldumbau vorantreiben“ (Drucksache 19/11093). Dort haben wir ein Maßnahmenpaket geschnürt und einen Forderungskatalog aufgestellt. **Stand: 10. Oktober 2019**

Das ist der aktuelle Stand:

- Es gibt in Deutschland zwei Millionen Waldeigentümer. 48 Prozent des Waldes ist in privater Hand. 29 Prozent befinden sich im Eigentum der Länder, 19 Prozent im Eigentum von Körperschaften und vier Prozent im Eigentum des Bundes.
- In der Holz- und Forstwirtschaft – einschließlich dem Papier-, Druck- und Verlagsgewerbe sowie dem Holzhandel – arbeiten 1,1 Millionen Beschäftigte. Sie erwirtschaften einen Umsatz von rund 180 Milliarden Euro pro Jahr.
- Der Wald in Deutschland und Holzprodukte entlasten die Atmosphäre um jährlich rund 127 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Das entspricht 14 Prozent des Gesamtausstoßes im Land.
- Stürme, Dürre, Schädlinge und Waldbrände haben in deutschen Wäldern schwere Schäden angerichtet. Betroffen sind vor allem Fichten, Kiefern, Buchen und Eichen. Dies führt für 2018/2019 zu rund 105 Millionen Kubikmetern Schadholzanfall. Über 180.000 Hektar müssen wiederaufgeforstet werden. Das entspricht einer Fläche von gut 250.000 Fußballfeldern.
- Die Holzlager sind überfüllt. Das Überangebot führt zu einem drastischen Preisverfall auf dem Holzmarkt. Die Erlöse sind nicht mehr kostendeckend. Dies bedroht die Existenz vieler forstwirtschaftlicher Betriebe.

- Private und staatliche Forstbetriebe sind mit der Bekämpfung und Eindämmung der Schäden überfordert. Um das Schadholz flächendeckend zu beseitigen, kann die Bundeswehr angefordert werden.

Das ist bisher passiert:

- Bund und Länder fördern seit Jahren den Waldumbau. Viele Nadelwälder aus Kiefern und Fichten wurden gemischte Wälder. Diese sind klimastabiler und widerstandsfähiger.
- Alle zehn Jahre erfolgt eine Waldinventur. Die nächste Inventur beginnt im April 2021.
- Die Unionsfraktion will die Wälder langfristig stabilisieren. Für die kommenden fünf Jahre werden zusätzlich 25 Millionen Euro bereitgestellt, also fünf Millionen pro Jahr. Damit können Wälder wiederaufgeforstet, Schädlinge bekämpft und vorbeugende Maßnahmen gegen Waldbrände getroffen werden. Das Geld gibt es zusätzlich zu den bereitstehenden Mitteln des Bundes für den Wald aus der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“. Diese umfassen rund 30 Millionen Euro pro Jahr.

- Die aktuelle Ausnahmesituation in den Wäldern erfordert Sonderregeln. Für einen befristeten Zeitraum dürfen ausländische Spediteure zusätzliche Transportleistungen erbringen. So kann Schadholz schneller beseitigt werden.
- Es wird daran geforscht, welche seltenen heimischen Laubbäume – etwa Linden- und Ahornarten oder Wildobst – vermehrt angepflanzt werden könnten. Außerdem wird geprüft, welche eingeführten Baumarten gut in unser Ökosystem passen und möglicherweise besser mit Dürre zurechtkommen. Beispiele hierfür sind die Douglasie oder die Roteiche.
- Auch auf internationaler Ebene treibt die Unionsfraktion den Schutz der Wälder, Wiederaufforstung, den Kampf gegen illegalen Holzhandel sowie die nachhaltige Waldwirtschaft voran. Deutschland gehört zu den größten Gebern: Waldvorhaben in Entwicklungsländern fördert die Bundesregierung derzeit mit einem Volumen von über zwei Milliarden Euro.

Das sind die nächsten Schritte:

- Dürre, Stürme, Schädlinge und Brände haben dem Wald zugesetzt. Dadurch sind allein 2018 und 2019 circa 105 Millionen Kubikmeter Schadholz angefallen. Dieses muss rasch beseitigt werden, denn es ist eine Brutstätte für Schädlinge wie den Borkenkäfer. Für den Abtransport steht auch die Bundeswehr parat.
- Um die geschädigten Wälder wieder aufzuforsten und an den Klimawandel anzupassen, wird ein Mix aus Nadel- und Laubbäumen gebraucht. Dazu müssen mehrere Millionen Bäume gepflanzt werden.
- Die Koalitionsfraktionen werden die Mittel zur Bewältigung von Extremwetterfolgen im Wald ab 2020 in der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“ auf jährlich zehn Millionen Euro erhöhen. Zusammen mit den Geldern aus den Ländern stünden dann jährlich 16,7 Millionen Euro zur Verfügung.
- Zur Wiederaufforstung, für die Bekämpfung des Borkenkäfers, zur Anlage von Löschteichen und Brandschutzstreifen sowie zur Pflanzung klimastabiler Kulturen werden in den nächsten Jahren mindestens 500 Millionen Euro gebraucht. Die Unionsfraktion setzt sich dafür ein, in den kommenden vier Jahren 547 Millionen Euro von Seiten des Bundes für den Waldumbau zur Verfügung zu stellen.
- Die Wälder müssen stärker an den Klimawandel angepasst werden. Über den Waldklimafonds soll der Waldumbau stärker gefördert werden. Gezielt unterstützt werden sollen Eigentümer kleiner Privatwälder.
- Die Unionsfraktion regt eine „Holzbauoffensive“ an. Der Staat sollte dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Da Holz CO₂ speichert und langfristig bindet, können Holzhäuser einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Auch soll die Vermarktung von Holz erleichtert werden.
- Auf internationaler Ebene setzt sich die Unionsfraktion für einen Waldfonds ein, der für alle Geber offen sein soll, der also auch ein Engagement privater und nichtstaatlicher Organisationen ermöglicht.
- Auf Ebene der Vereinten Nationen soll eine Initiative zur Rettung des Amazonas-Regenwaldes gestartet werden. Sie wurde von Frankreich angeregt und wird von der Unionsfraktion unterstützt. Die Brandrodungen im Amazonas-Gebiet, vor allem in Brasilien, nehmen eine besorgniserregende Dimension an.